**bodo oder die unendlich lange Liste der ungerechten Tarife**

Peter Groß zum Thema solidarisches Bürgerticket.

Langenargen, 01. März 2019.

Sicher hat in Friedrichshafen, wie auch im gesamten Bodenseekreis, kein Mensch etwas gegen einen attraktiven, zuverlässigen öffentlichen Nahverkehr, der wenig Geld kostet und solidarisch finanziert wird. Nur sehe ich, wie sich bei dem Begriff „solidarisch“ bei Vermögenden (beispielsweise Zweitwohnungseigentümern) die Haare sträuben und Galle aufsteigt. Es gibt in der zivilisierten Gesellschaft Gemeinkosten, die von vielen Schultern getragen werden. Die Wasserversorgung, die Müllabfuhr und eben auch der ffentliche Nahverkehr, für den wir, um ein Beispiel zu geben, im Bodenseekreis neben dem Konstanzer VHB – Studiticket 48,10 Euro für zwei Waben bezahlen, damit unsere Tochter von Hersberg B31 bis Meersburg Fähre fahren kann. Bis 13:30 Uhr sind Abweichungen vom direkten Weg oder die Möglichkeit in den Semesterferien bei bodo Bahn und Bus ganztägig nutzen zu können, mit Zusatzkosten verbunden. Schüler, die am sog. Listenverfahren teilhaben, fahren in den Sommerferien mit dem Septemberticket umsonst. Warum ist es nicht möglich, statt eine der Universitäten auf dieser Seeseite, die Universität Konstanz zu besuchen. Wozu kostet diese Bildungsungerechtigkeit jährlich 577,20 Euro (bei 2 Waben) zusätzlich oder mehr, bei der Nutzung des Gesamtnetzes (8 Waben) ? Es gibt eine große Zahl von Zweitwohnungseigentümern, die für die Nutzung des bodo - Verbundes ganztägig nur 75 Cent bezahlen. Der Gesamtumfang aller Ungerechtigkeiten ist bedeutend größer als heute hier darstellbar.

Ich möchte hier einmal auf den öffentlichen Zweck des Verkehrsverbundes hinweisen, der 2017 so begründet wurde, dass „durch die Einführung des Verkehrsverbundes bodo der Bevölkerung der Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg die Inanspruchnahme des ÖPNV - Angebotes unter einheitlichen Tarifbedingungen ermöglicht. Bodo trägt somit zu einer Steigerung der Attraktivität des ÖPNV in seiner Gesamtheit bei und bildet eine wichtige Grundlage für eine nachhaltige Stärkung des ÖPNV in den Landkreisen.“ (bodo).

Im Übrigen gelten für den touristischen Verkehr Sonderbedingungen, von denen Einheimische nur träumen können, wie etwa das EBC – Ticket mit 160 Nachlässen zu einem Preis von 75 Cent täglich, das im bodo – Gesamtnetz für alle Tarifzonen gilt und damit einem Monatspreis von etwa 22,50 Euro entspricht.

Geschäftsführung, Gesellschafterversammlung und Aufsichtsräte bewegen nichts. Die Zahlungen nur vom Bodenseekreis an bodo im Kalenderjahr 2017 beliefen sich auf fast 1,4 Millionen Euro, davon für Personalaufwand etwa 685.000. Dazu kommen die Solidabeträge der Gäste der EBC-Pilotgemeinden. Nun gibt es noch viele Stadtbusunternehmen, so dass allein der Verwaltungsaufwand einen zweistelligen Millionenaufwand erfordert, ohne dass Bahn oder Bus nur einen Meter fahren. Im bodo Aufsichtsrat saßen 2017 neben dem Vorsitzenden Lothar Wölfle 20 Mitglieder, Bürgermeister, Kreisräte, Landräte von denen seit Jahren nichts weiter zu hören ist, als dass sie die schlechte Qualität des ÖPNV bedauern und gelegentlich eine Protestnote an das Verkehrsministerium schicken. Ich nenne das Vollversagen.

Bahnkunden am Bodensee erhalten in der Regel keine Entschädigungsleistungen. Soweit bekannt wurde, musste die Bahn im vergangenen Jahr an 2,7 Millionen Reisenden 53,6 Millionen Euro Entschädigung zahlen. Mir wurde nur der Fall einer Familie aus Langenargen bekannt, die für mehrtägige Fahrten mit dem Elterntaxi im Januar, für wenige Tage fünf Euro je Elterntaxi-Fahrt erhielt. 17 schadhafte Triebwagen in der 3. Januarwoche, 17 beschädigte Züge und ständig überfüllte Züge oder Verspätungen. Wer soll das auf Dauer aushalten. Bei Fahrtzeittakten, die nur wenige Minuten Umsteigezeit bieten, wird oft eine tägliche Pendelzeit von mehreren Stunden erreicht, die sowohl Kinder als auch Erwachsene dauerhaft gesundheitlich schädigt. Verkehrsminister Buchholz (Schleswig-Holstein): „Soll mich die Deutsche Bahn

(DB) doch verklagen!“ Im Dauerkonflikt mit der DB (Sylt-Verkehr) hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus in Schleswig-Holstein, Bernd Buchholz zum Beginn des ahres 2018 die Zahlungen an DB-Regio um 2,75 Millionen Euro gekürzt. Solche Maluszahlungen sind, wie in Baden-Württemberg auch, nicht vertraglich vereinbart. Der Minister und Jurist hält sie trotzdem vom Vertragsrecht für gedeckt, weil Sonderminderungsrechte möglich wären, wenn eklatant gegen die Leistungspflicht verstoßen wird. 2017 wurden 200.000 Euro an geplagte Fahrgäste erstattet. Nähme man die Gesamtsumme aller am Bodensee nicht erstatteten Maluszahlungen, könnte man, für ganz Deutschland beispielgebend, einen solidarischen Tarif ausprobieren.

Für die Schlecht - oder gar keine Leistung im Nahverkehr musste die DB im Jahr 2017 an das Land Baden-Württemberg 11 Millionen Euro bezahlen. Da darf die Frage an den Verkehrsverbund bodo wohl gestattet sein, in welcher Höhe Entschädigungsleistungen an Auszubildende, Eltern und Berufspendler erstattet wurden.

Mir sind nur unverschämte bodo - Preiserhöhungen in Erinnerung geblieben, Ausreden und nicht eingelöste Versprechen. Der Bodenseekreis gehört zunehmend zu den „abgehängten“ Regionen mit viel zu hohen Lebenshaltungskosten. Man hat es in vielen Regionen erkannt, dass hohe Lebenshaltungskosten Abwanderung, mangelnde

Zuwanderung oder überdurchschnittlich hohe Löhne bedeuten. So kommt für den Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen (NRW) ein „Azubi-Ticket“ gerade rechtzeitig. Es kostet für das ganze Land 80 Euro monatlich und kann vom Arbeitgeber bezuschusst werden. Das Angebot gibt es für Auszubildende, Menschen in der Meister-Ausbildung, Beamtenanwärter, Absolventen eines freiwilligen sozialen Jahres oder Mitarbeiter des Bundesfreiwilligendienstes. Am Bodensee erkennt man schnell den Standortnachteil, wenn Grenzen eines Stadtverkehr- oder Verkehrsverbundes überschritten werden. Im Rheinland und im Ruhrgebiet gibt es Azubi-Tickets für 60,70 Euro bzw. 61,10 Euro, bei denen Firmen einen Teil oder gar die kompletten Kosten des Tickets übernehmen, als Werbemaßnahme für ein sozial orientiertes Unternehmen, das den Blick in die Zukunft richtet und so zu einem Baustein der solidarischen Finanzierung des ÖPNV wird. Anton Hofreiter (GRÜNE) fordert bundesweite Ein – Euro - Tagestickets für Nahverkehr. Bodenseekreis-Grüne wollen 75 Cent – Tagesticket nur für Touristen. Es sind die kleinteiligen Verkehrsverbund – Fürstentümer, die die ÖPNV – Nutzung am Bodensee unbezahlbar machen. Da ist der Vorschlag von Anton Hofreiter mehr als vernünftig. Statt in immer mehr Bürokratie zu investieren einen Mobilpass Deutschland

auszugeben, mit dem Bürger alle öffentlichen Verkehrsmittel, Auto- und Rad – Sharing - Angebote nutzen können. Der lässt sich durch ein Landesticket sinnvoll ergänzen, wie es durch den Verbund Berlin – Brandenburg bekannt ist. Wer für das kreisweite Touristenticket (VHB) nur etwas mehr als 40 Cent täglich berechnet, sollte auch mal sagen, wie verhindert wird, dass Auszubildende, Eltern oder Berufspendler uneingeschränkt den Verlustausgleich tragen müssen.